RUDOLFINE FREIIN VON OER

Die „verdrießliche Negotiation“ des Syndikus Heerde am Kaiserhof in den Jahren 1708 bis 1710

Auf wandernde Handwerksburschen hat die Kaiserstadt Wien im 18. Jahrhundert große Anziehungskraft ausgeübt. Reisen in politisch-juristischen Geschäften waren unter den davon Betroffenen offenbar weniger beliebt, jedenfalls in Münster. Es verging einige Zeit, ehe Fürstbischof Franz Arnold Wolff-Metternich, das Domkapitel und die Ritterschaft den geeigneten – und dazu willigen – Abgesandten gefunden hatten, der sie in einem „hochwichtigen negotium“ in Wien vertreten sollte. Der mit den Wiener Verhältnissen bereits vertraute und daher zunächst vorgesehene Stadtrichter Dr. jur. Bernard Ignatius Koerdinck richtete an den Fürstbischof die „flehentliche Bitt“, ihn bei diesem Auftrag „in gnaden zu übersehen und zu verschönen“. Auch der dann Beauftragte, der Syndikus des Domkapitels, Paul Mathias Heerde, machte Einwendungen. Schließlich aber war er bereit, sich dem „Befehl“ seiner Herren zu fügen, bat jedoch das Domkapitel, das „seinige zu bedenken“, da „uff dergleichen Reißen . . . einen leichtlich ein unglücksfall . . . überkommen köndte“.¹ Noch war der Spanische Erbfolgekrieg nicht entschieden, wenn auch im Juli 1708 Prinz Eugen und der Herzog von Marlborough den Truppen Ludwigs XIV. bei Oudenaarde eine empfindliche Niederlage bereitet hatten. Es war auch keineswegs schon gewiß, daß das Treffen zwischen Marlborough und König Karl XII. zu Altranstädt im Vorjahr ein Ineinandergreifen des Krieges um das spanische Erbe mit dem Nordischen Krieg um die Dominanz im Ostseeraum endgültig verhindert hatte.

Gegenüber diesen „europäischen Konjunkturen“, die den politischen Hintergrund von Heerdes Wienerreise bildeten, mag der Anlaß seiner Mission zunächst vergleichsweise geringfügig erscheinen. Dem Fürstbischof, dem Domkapitel und der münsterischen Ritterschaft ging es um die Revision des am 30. Oktober 1685 zu Speyer vom Reichskammergericht in erster Instanz ergangenen Spruches im sog. „Erbmännerstreit“. Nach 88jährigem Prozeß hatte das Gericht entschieden, „daß die Familien oder Geschlechter der Klagenden in Actis benannter Erbmäner, rechten alten Adelichen, und Ritterbürtigen Stands zu erklären, und dafür gleich anderen deß Stiffts Münster Rittermäßigen von Adel zu halten seyen“, weshalb sie weder von den Landtagen noch von den „Ritterbürtigen Stifftern und Collegien“ ausgeschlossen werden dürften.²

1 Staatsarchiv Münster, Fürstbistum Münster: StA Münster, Ftm. Münster (nur aus diesem Bestand des Staatsarchivs wird im folgenden zitiert), Domkapitel, Protokolle 69, 21. Okt. 1708. Koerdinck war damals offenbar „ohnpaßlich“, Heerde an Dompropst Ferdinand Plettenberg, Münster, 13. Sept. 1708, Ausf. Landesarchiv 522 Nr. 3b, Bd. 3, fol. 205f.

2 Johann Christian Lünig, Das Teutsche Reichsarchiv 17, Leipzig 1716, S. 1134f. Ein Druck mit

Gegen dieses Urteil hatten die Unterlegenen sogleich beim Mainzer Erzkanzler und Kurfürsten Revision verlangt, schon im Januar 1686 ging die Anzeige der Appellation aus Mainz an den Kaiser und das Reichskammergericht.³ Der Einmarsch der Franzosen und die Zerstörung Speyers 1688/89, der Umzug des Gerichts mit all seinen Akten nach Wetzlar und innerer Zwist am Reichskammergericht selbst brachten Verzug.⁴ Wirklich in Gang kam das Revisionsverfahren erst zwanzig Jahre später durch ein kaiserliches Kommissions-Dekret an den Regensburger Reichstag vom 25. August/13. Oktober 1705.⁵ Das darin von Kaiser Joseph I. verlangte Reichsgutachten datiert aus Regensburg vom 30. April/3. Mai 1706.⁶ Das Reich gestand den Klägern eine „extraordinari Revisions-Commission“ zu, die „in 6 Personen aus beyderlei Religions-verwandten Ständen“ bestehen sollte, und zwar aus Kurmainz und Kursachsen, Speyer und Hessen-Kassel, Augsburg und Frankfurt. Religionsparitätisch wurde in einer Frage, die konfessionelle Belange nicht tangierte – beide Parteien waren ja katholisch – ein Ausschuß aus je zwei Mitgliedern jeder Kurie des Reichstags niedergesetzt; die Mitglieder aus dem Kurfürstenrat nahmen die jeweils höchsten Ränge der Konfessionsparteien im Reich ein. Binnen drei Monaten sollten die Subdelegierten dieser sechs Reichsstände in Wetzlar zusammentreten und nach Revision der Prozeßakten in einem, spätestens aber zwei Jahren „solchergestalt erkennen . . . wie sie es vor Gott, Ihro Kayserl. Majestät und dem Heil. Röm. Reich zu verantworten getrauen“.

Nach mehrmonatiger Arbeit, jedoch lange vor Ablauf der ihr gesetzten Frist, ging die Revisionskommission unentschieden auseinander. Drei ihrer Mitglieder, Kurmainz, Kursachsen und Hessen-Kassel, votierten für eine Reform des Urteils von 1685, die Vertreter der Reichsstädte und der Abgesandte des Fürstbischofs von Speyer stimmten für seine Bestätigung.⁷ Parität der Voten ergab sich quer durch die Konfessionsparteien, vermutlich nicht zuletzt, weil der Fürstbischof von Speyer, Johann Hugo von Orsbeck, zugleich Kurfürst von Trier und Kaiserlicher Kammerrichter, als solcher das Urteil des Reichskammergerichts nicht widerrufen mochte.

Insinuationsvermerk des Kammerboten Johann Peter Cyrus vom 3. Jan. 1686 in StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 2b, Bd. 6, fol. 309. Pergamentausfertigungen in den Archiven Ketteler-Harkotten, Bestand Möllenbeck, Urk. Nr. 791 und 792, im Archiv Haus Stapel, Urk. 1306 und im Archiv Haus Hülshoff, Urk. 109. Zum Kreis der betroffenen Familien und Personen vgl. meinen Beitrag: Wer waren die Erbmänner? in: Helmut *Labrkamp* (Hg.), Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster N. F. 12, Münster 1987.

3 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 2c, Bd. 7, fol. 116 und 118, Kopien.

4 Vgl. Heinz *Duchhardt*, Reichskammerrichter Franz Adolf Dietrich von Ingelheim. Nassauische Annalen 21, Wiesbaden 1970.

5 Johann *Pachner von Eggenstorff*, Vollständige Sammlung Bd. 3, Regensburg 1776, S. 160.

6 Ebd., S. 180ff.

7 Das Protokoll dieser Kommission mit den Voten fand sich im HHStA Wien, MEA, Reichskammergerichtsakten 105b.

Mit ihrem Bericht vom 27. August/9. September 1707 gab die Revisionskommission den Auftrag an Kaiser und Reich zurück.⁸ Als Reaktion aus Wien folgte am 12./14. Februar 1708 ein neuerliches Kommissionsdekret an den Reichstag, mit dem der Kaiser den Wiederezusammentritt der Kommission zu Wetzlar anregte. Bei wiederholter Parität der Voten werde er jedoch unter Berufung auf sein höchstrichterliches Amt der gleichzeitig wegen der Ingelheimschen Wirren in Wetzlar tätigen Kaiserlichen Visitationskommission befehlen, „der Sach mit beyzuwohnen“.⁹ Eile sei geboten, damit die der Revision gesetzte zweijährige Frist noch eingehalten werden könne. Der Reichsvizekanzler, Friedrich Karl Graf Schönborn, hat später den Einschub der „Adjunktionsklausel“ in das Kommissionsdekret für sich in Anspruch genommen.¹⁰ In Regensburg erhob sich jedoch Widerspruch gegen diesen, auch die Konfessionsparität im Reich berührenden Plan. Die Zweijahresfrist endete im Juli 1709, ehe der Reichstag eine Stellungnahme abgab. Zustande kam Ende August nur ein „Cunclusum trium Collegiorum separatim“, denn auch in Regensburg war kein einheitliches Meinungsbild entstanden.¹¹ Das Kurfürstenkollegium hatte sich einhellig für Wiederezusammentritt der Revisionskommission ausgesprochen. Im Fürsten- und Städterat fand sich dagegen eine Mehrheit für die Bestätigung des Urteils von 1685, weil der für die Revision gesetzte Termin inzwischen verstrichen sei.¹² Die Entscheidung mußte demnach nun beim Kaiser und der Konferenz seiner Minister in Wien liegen.

Dorthin war der energischste Betreiber der Sache von erbmännlicher Seite, der Dechant von St. Mauritz, Jakob Johann von der Tinnen, bereits vorangereist. Die Zeit drängte also. Jakob Johann war ein Sohn des Rudolf von der Tinnen, seine Mutter Richmod stammte aus der Erbmännerfamilie Travelmann. 1689 hatte Papst Alexander VIII. ihm die Provision auf ein münsterisches Domkanonikat verliehen, den Nachweis der dazu verlangten adeligen Abstammung hatte Tinnen in Rom aufgrund des Reichskammergerichtsurteils von 1685 geführt und einen Rotaprozeß gegen das sich sträubende Kapitel gewonnen, die Exekution des Urteils jedoch nicht erreichen können.¹³ Der Dechant war ein befähigter Jurist,

8 *Pachner* (wie Anm. 5), S. 274f.

9 Ebd., S. 294; vgl. auch Gerhard *Granier*, Der Deutsche Reichstag während des Spanischen Erbfolgekrieges, Phil. Diss. Bonn 1954, S. 114ff., und H. *Duchhardt* (wie Anm. 4), bes. S. 189ff.

10 Bericht Heerdes, Wien 14. Sept. 1709, Kopie, StA Münster, Domkap. Produkte, 393/1. Vgl. Anm. 54.

11 Reichsschluß Regensburg 31. Aug. 1708, *Pachner* (wie Anm. 5), S. 335ff.

12 Auf die komplizierten Stimmenverhältnisse und den sich darüber erhebenden Disput kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, vgl. Faber, Europäische Staatskanzley Bd. 8 (Frankfurt) 1709, S. 335ff.

13 Wilhelm *Kohl*, Das Domstift St. Paulus zu Münster, *Germania Sacra* N. F. 17,2. Das Bistum Münster 4,2, Berlin 1982, S. 710 (mit unrichtigem Todesdatum, vgl. unten, Anm. 39); StA Münster, Domkap. Protokolle, Nr. 65, 1704, 8. Aug.

der seine Feder im römischen Verfahren geschliffen hatte. Seine Familie besaß ein beachtliches Vermögen, noch heute erinnert eine münsterische Stiftung an seinen Vater. Tinnen und seine Familie waren offenbar auch bereit, der Durchsetzung erbmännlicher Ansprüche finanziellen Nachdruck zu verleihen.

Am 12. September 1708 meldete der münsterische Agent in Wien, Adam Ignatius von Heunisch, die Ankunft des Dechanten Tinnen.¹⁴ Schon vor seiner Abreise aus Münster mutmaßte Heerde, daß man an den Mitgliedern der Wiener Ministerialkonferenz, Baron Seilern, Graf Öttingen, dem Reichsvizekanzler Schönborn und dem Referendar Consbruch, „starcke opponenten finden“ dürfte.¹⁵ Am 26. September berichtete Heunisch von „nicht geringe motus“ Tinnens in Wien.¹⁶ Dompropst Ferdinand Plettenberg hielt es daher für notwendig, „daß weylen der Dechant von der Tinnen mit zimblich ahnsehnlichen Summen geldes umb sich werffen würde, zu deßen Hintertreibung die aufteilung proportionierlichern honorariorum Münsterischer seithen auch beobachtet werden müste“.¹⁷ Die Schwierigkeit der Aufgabe mag zum Zögern Heerdes, den Auftrag anzunehmen, beigetragen haben. Er verfügte bereits über nicht gerade ermutigende Erfahrungen in derselben Angelegenheit; in den Jahren 1702/03 war er in Rom demselben Widerpart unterlegen.¹⁸ Doch er hatte, als er 1697 seinem Vater im Amt folgte, dem Domkapitel Gehorsam gelobt;¹⁹ als Hofrat des Fürstbischofs mußte er auch dessen Weisungen folgen.

Am 6. November 1708, gut zwei Monate später als Dechant Tinnen, traf der Syndikus in Wien ein. Sein erster Weg führte ihn zu den dort bereits in münsterischen Angelegenheiten tätigen Agenten von Heunisch und von Clerff. Beiden stellt er ein gutes Zeugnis aus. Sie waren offenbar der Meinung, daß in der Erbmännersache am ehesten auf den Obristhofmeister und vormaligen Erzieher des jungen Kaisers, Fürst Karl Theodor Otto Salm, zu setzen sei. Über Salm hoffte man den Reichsvizekanzler Schönborn, den Grafen Ernst Friedrich Windischgrätz und schließlich die „Majora im Confe-

14 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 3, fol. 203f., Heunisch an Fürstbischof Franz Arnold, Kopie. Das Ankunftsdatum, 9. Sept. 1708, in: Archiv Haus Stapel, Akten 15, S. 206; Johann Ludwig Kerckerinck, Protocollum 1708, 1709.

15 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 3, fol. 205f., Heerde an Dompropst Ferdinand Plettenberg, Münster, 13. Sept. 1708, Ausf.

16 Ebd., fol. 213f., Heunisch an Franz Arnold, Ausf. Zu Heunischs Korrespondenz mit Leibniz vgl. Georg *Schmath*, Geschichte Hannovers im Zeitalter der neunten Kur und der englischen Sukzession, Bd. 3, Hildesheim 1978, S. 216ff.

17 StA Münster, Domkap. Protokolle Nr. 69, 2. Okt. 1708.

18 Heerdes Berichte aus Rom in: StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3a, Bd. 2.

19 Die Bestallung vom 24. Juli 1697 in StA Münster, Domkap. Akten IV K Nr. 25, vgl. auch Domkap. Protokolle 58, 1697, 24. Juli.

rentz Rath“ zu gewinnen und auf diesem Wege eine kaiserliche Willenserklärung gegenüber dem Reichstag zur nochmaligen Revision des Urteils mit Zuziehung der kaiserlichen Visitationskommission zu erreichen.²⁰

Heerde traf in Wien auch einige Landsleute, zu denen er Kontakt suchte. Zunächst amtierte dort der Reichshofrat Christoph Heinrich von Galen, Neffe des Fürstbischofs Christoph Bernhard. Christoph Heinrich war Domherr zu Münster und Osnabrück gewesen, wechselte jedoch in Kaiserliche Dienste und wurde 1688 Reichshofrat. Seine Präbenden resignierte er 1697, 1702 wurde er in den Grafenstand erhoben, er heiratete eine Gräfin Saurau, hinterließ jedoch keine Kinder.²¹ Galen empfing den Syndikus nach dessen Bericht sehr höflich, gab ihm aber zu verstehen, daß er ihn kaum wirksam unterstützen könne, und riet zu gütlicher Einigung mit den Erbmännern.²² Galen verfügte offenbar über wenig Einfluß in Wien.²³ Ganz anders der aus dem Ravensbergischen gebürtige Kaspar Florentin von Consbruch, seit 1684 Sekretär der lateinischen Expedition bei der Reichskanzlei und dort die „Hauptarbeitskraft“.²⁴ 1705 war auch er Reichshofrat geworden, ab 1707 nahm er als „geheimer Referendar“ an den Sitzungen der Geheimen Konferenz teil. Wilhelm Schulte betont seine „Kapazität und Redlichkeit“²⁵, erstere muß jeder bestätigen, der sich in die entsprechenden Wiener Akten der Zeit vertieft, ohne Consbruch lief offenbar damals gar nichts; letzteres ist, entgegen einem weitverbreiteten Urteil, zumindest damals nicht unbestritten gewesen, jedenfalls berichtet Heerde von 2000 Gulden, die er Heunisch zur Gewinnung Consbruchs ausgezahlt habe.²⁶ Auch wenn diese Gulden wirklich übergeben wurden, genutzt hat es dem Syndikus nichts. Als er Consbruch seinen Besuch machte, fragte ihn dieser, „waß dem stift Münster doch darahn gelegen wehre, daß ein oder ander Juncker dorten mehr wehre“, und meinte, es sei doch „honorabler“, wenn anstelle der gesuchten Verstärkung der Revisionskommission die Sache vom Kaiser selbst und seinem geheimen Ministerium zu Wien entschieden werde. „... mich troestet der H. Consbruck, ich hette daß wienerische Ministerium kennen lernen Gelegenheit gehabt, sonst wehre ich zu spaht kommen, und waß der gleichen Stichelworte mehr gewesen“, so fährt Heerde fort und bittet um die Erlaubnis zur Rückkehr, „weilen ich nicht länger zum Spott und

20 StA Münster, Domkap. Produkte 393/2, Heerde an das Domkapitel, Wien, 10. Nov. 1708, Ausf.

21 *Kohl* (wie Anm. 13), S. 704.

22 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 3, fol. 269f., Heerde an Dompropst Plettenberg, Wien, 14. Nov. 1708, Ausf.

23 Lothar *Gross*, Die Geschichte der deutschen Reichshofkanzlei von 1559 bis 1806, Wien 1933, S. 395; Oswald *von Gschließer*, Der Reichshofrat, Wien 1942, S. 334.

24 Ebd., S. 355.

25 Wilhelm *Schulte*, Westfälische Köpfe, Münster ³1963, S. 48.

26 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 3, fol. 272, Heerde an Dompropst Plettenberg, Wien, 14. Nov. 1708, Ausf. Vgl. auch Georg *Schnath* (wie Anm. 16), S. 423 und 432.

hohn bey fremden und übelgesinnten mich dahie uffhalten kann“. ²⁷ Zwei Wochen später schöpft der Syndikus wieder etwas Hoffnung, der österreichische Hofkanzler Baron Seilern und Graf Windischgrätz seien zwar im gegnerischen Lager, Graf Wratislaw, der böhmische Hofkanzler, sei jedoch vielleicht „überzubringen“, immerhin stamme sein Sekretär „Steppelinck genant auß haltern“ und habe „unser recht genugsam begriffen“. ²⁸

Am 27. November empfing der Reichsvizekanzler Schönborn den Syndikus. Er versprach die münsterischen „desideria“ bei der bevorstehenden Konferenz zu „portieren und secundiren“, riet jedoch ab, auf der Vorlage von in Münster neu aufgefundenen Dokumenten zu bestehen. ²⁹

Am folgenden Tag, dem 28. November 1708, erfuhr Heerde vom Sekretär des Fürsten Salm, daß die entscheidende Konferenz auf 11 Uhr angesetzt worden sei und bis nachmittags zwei Uhr gedauert habe. Um das Resultat bemühten er und Heunisch sich zunächst vergeblich. Erst zwei Tage später ließ sie der Sekretär des Reichsvizekanzlers wissen, „daß der Fürst Salm und sein Herr bey der Conferenz gantz heldenmüthig für uns gestritten, dieselbe aber von dem Windischgrätz, dem Seilern und dem Vratislaw überstimmet, und daß Conclusum pro parte adversa ... außgefallen“. Der Konferenzschluß solle aber noch dem Kaiser selbst referiert werden. Tinnen erfuhr das Ergebnis offenbar gar nicht. Noch am selben Abend reiste Schönborn zur Koadjutorwahl nach Bamberg. Mit seiner Rückkehr war vor Weihnachten nicht mehr zu rechnen. ³⁰

Die Strategie der Münsterischen Partei bestand nun darin, den Fürsten Salm zum Aufschub der Beratung zu bestimmen und inzwischen eine Vorstellung der Kurfürsten in Wien zu erwirken, aufgrund deren man die Frage „tamquam legalis“ an den Reichshofrat, das zweite höchste Reichsgericht, bringen könnte. Doch Salm winkte ab, weil die Konferenz „in publicis et politicis beim Reichshofrath kein Gutachten einzuholen pflegt“, nachdem die Sache der Regensburger Reichsversammlung vorgelegen habe, könne der Reichshofrat „nicht mehr darüber . . . sprechen“. ³¹ Erst langsam begann der münsterische Syndikus den komplizierten Geschäftsgang im Reich und am Wiener Hof zu verstehen. Es konnte nicht schaden, wenn Fürstbischof Franz Arnold Ende Dezember 1708 den Kaiser bat, er möge den für ihn und seine Prozeßpartei günstigen Beschluß des kurfürstlichen Kollegiums bestätigen, zumal „für wehrender suspension und

27 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 3, fol. 277, Heerde an Dompropst Plettenberg, Wien, 1. Dez. 1708, Ausf.

28 Ebd., fol. 286, Heerde an Dompropst Plettenberg, Wien, 15. Dez. 1708, Ausf.

29 Ebd., fol. 274f., Heerde an Fürstbischof Franz Arnold, Wien, 28. Nov. 1708, Ausf.

30 Wie Anm. 27. Zu Tinnen: Archiv Haus Stapel, Akte 15, S. 247.

31 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 3, fol. 278, Heerde an Dompropst Plettenberg, Wien, 6. Dez. 1708, Ausf.

inaktivität“ des Wetzlarer Reichskammergerichts.³² Einen Monat später konnte das münsterische Domkapitel dem Reichsvizekanzler zur für ihn glücklich verlaufenen Bamberger Koadjutorwahl gratulieren.³³ Mitte Februar kam der Reichsvizekanzler nach Wien zurück.³⁴ Von den Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz und König Friedrich in Preußen, Kurfürst von Brandenburg, waren Empfehlungen für Münster in Wien eingegangen, doch nun hielt sich Kurmainz zurück, weil man die münsterische Angelegenheit für entschieden hielt, wie Heerde in Wien erfuhr.³⁵ Freilich kann auch die münsterische Erwägung, den Reichshofrat anzurufen, den Mainzer Kurfürsten Lothar Franz von Schönborn zur Reserve bestimmt haben. Und, wo würde sein Neffe, der Reichsvizekanzler, jetzt stehen?

Heerde blieb in Wien nicht untätig, sondern versuchte, dem münsterischen Anliegen Nachdruck zu verleihen „mit Tractamenten, und sonsten mit ahnhandnehmung einem geschickten ministro ahnstendigen werbunghs mittelen“.³⁶ Seine weitere Anwesenheit in Wien hielt er aber im Grunde für „unnötig“ und ließ den Sekretär des münsterischen Domkapitels wissen, daß er auf baldige Rückberufung hoffe, denn er fürchte, er werde „das meinige zu Hauß versäumen“.³⁷ Auch dem Domkapitel selbst suchte Heerde die Zwecklosigkeit seines weiteren Verbleibs in Wien vorzustellen. Das Urteil des Ministeriums werde gegen Münster ausfallen; wolle man dann um „Restitutione in integrum“ ansuchen, möge man sich „eines anderen subjekts bedienen“, er sei dazu nicht genug informiert und zudem „mit weib und vielen Kindern versehen“, seine Abwesenheit bringe ihm viele Nachteile. Die Sache könne von den Wiener Agenten ebensogut betrieben werden.³⁸

So standen die Dinge, als nach einem „bey Menschengedencken nie erhörten allerhärtesten Winter“ am 17. März 1709 Dechant Tinnen als Folge „verschiedene brustcatarren“ in Wien verstarb. Am Abend des folgenden Tages stand neben Tinnens Wiener Freunden auch Heerde an der Gruft des Prozeßgegners in der Stephanskirche.³⁹ Die ersehnte Erlaubnis zur Rückreise erhielt der Syndikus jedoch noch nicht. In Münster wartete man ab, was die Gegenpartei nun unternehmen werde. Auch von erbmännlicher Seite drängte sich niemand nach der

32 HHSStA Wien, Reichskanzlei 14, Reichskammergerichts Visitations Akten 1705-1715. Franz Arnold an den Kaiser, Neuhaus, 29. Dez. 1708, Ausf. Kopie: StAA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 3, fol. 305-310.

33 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 4, fol. 2f., Das Domkapitel an den Reichsvizekanzler, Münster, 25. Jan. 1709, Kopie. Zur Bedeutung dieser Wahl: Günter *Christ*, Die Würzburger Bischofswahl des Jahres 1724, ZBayerLdG 29, 1966, S. 699.

34 StA Münster, Domkap. Produkte 393/1, Heerde an Johann Moritz Bisping (Sekretär des Domkap.), Wien, 20. Febr. 1709, Ausf.

35 Ebd., Bericht Heerdes, Wien, 16. Febr. 1709, Ausf.

36 StA Münster, Domkap. Produkte 393/2, Heerde an Bisping, Wien, 6. März 1709, Ausf.

37 Ebd., Heerde an Bisping, 30. März und 4. Mai 1709, Ausf.

38 Ebd., Heerde an Dompropst Plettenberg, Wien, 13. April 1709, Ausf.

39 Archiv Haus Stapel, Akte 15, S. 251f.

langen Reise, der Stammherr Gottfried von der Tinnen war ohne „successorem masculinum“, sein zweiter geistlicher Bruder Lubbert bewarb sich um die Nachfolge Jakob Johanns im Dekanat von St. Mauritz, Heinrich Johann Droste zu Hülshoff entschuldigte sich mit der Schwangerschaft seiner „Eheliebsten“. Nicht ganz leichten Herzens entschloß sich schließlich der jungvermählte Johann Ludwig von Kerckerinck zu Stapel, Tinnens Werk in Wien fortzusetzen.⁴⁰ Heerde meldete seine Ankunft „mit Gemahlin“ für den 13. Mai 1709 nach Münster und fügt hinzu, „man ist aber dahie so eilfertig nicht“, auch Kerckerinck werde in Wien „noch mehrer verdießlichkeiten als h. Dechandt sählich ahntreffen“. Graf Wratislaw gehe auf fünf bis sechs Wochen nach Karlsbad, um ein Fieber zu kurieren. Fürst Salm sei „zum höchsten disgustiert“ wegen der Belehnung des Fürsten Lamberg mit der Grafschaft Leuchtenberg, und das Ministerium habe ihn, Heerde, wissen lassen, „man möge es doch mit ferneren schriften nicht incommodiren“.⁴¹ Am 18. Mai meldete Heerde auch Consbruchs Abreise nach Karlsbad, worüber die Erbmännersache nun „in stillstandt gerathen“.⁴² Ende August machte Fürst Salm sein schon öfter angekündigtes endgültiges Verlassen des Wiener Hofes wahr, um sich über Schlangenbad und Aachen nach Anholt zurückzuziehen.⁴³

Während der Syndikus den Dechanten Tinnen in Wien bei Lebzeiten offenbar gemieden hat, ist er Johann Ludwig Kerckerinck zu Stapel mehrfach begegnet.⁴⁴ Schon etwa Mitte Mai scheint die erste „diskursive“ Unterredung stattgefunden zu haben, bei der auch die Möglichkeit, „per modum amicabile compositionis auß der Sachen zu kommen“, gestreift wurde. Heerde hat dem Dompropst Ferdinand Plettenberg sehr eindringlich geraten, auch diese Möglichkeit zu erwägen, da das Kaiserliche Ministerium im Erbmännenstreit einen „anlaß Collisionum inter Imperatorem et imperium“ befürchtete, auch gewärtige er selbst üble Folgen für andere Angelegenheiten und Prozesse des Stifts. Erneut bat der Syndikus, ihn nicht weiter von seiner „zimblich in Kindern zahlreichen Hausßhaltung“ entfernt zu halten, des Domkapitels Interesse sei doch „wegen des absterbens des H. Dechanten Tinnen nicht so groß mehr ... alß es vorhin gewesen“.⁴⁵

In Münster ist ein Vergleich mit den Erbmännern tatsächlich erwogen worden.

40 Ebd., S. 255ff.

41 StA Münster, Domkap. Produkte 393/2, Heerde an Bisping, Wien, 11. und 15. Mai 1709, Ausf.

42 Ebd., Domkap. Produkte 393/1, Heerde an Bisping, Wien, 18. Mai 1709, Ausf.; Heerde an den Domdechanten Landsberg, Wien, 22. Juni 1709, Ausf.

43 Max *Braubach*, Ein rheinischer Fürst als Gegenspieler des Prinzen Eugen am Wiener Hof. FS Franz *Steinbach*, Bonn 1960, S. 127ff.

44 In Heerdes Berichten fand sich kein Hinweis auf eine Begegnung mit Tinnen in Wien. Tinnens Korrespondenzen im Archiv Ketteler Harkotten, Bestand Möllenbeck, konnten noch nicht durchgesehen werden.

45 StA Münster, Domkap. Produkte 393/1, Heerde an Domdechant Landsberg, Wien, 5. und 22. Juni 1709, Ausf.

Das Domkapitel, in den Sommermonaten nur „in geringer Anzahl versammelt“, zog die Ritterschaft, weil nun „ahm meisten interessiert“, hinzu; denn seit Tinnens Tod ging es zunächst ausschließlich um die Landtagsfähigkeit der Erbmänner. Am 27. Juli 1709 fand in der Kurie des Domdechanten eine Konferenz statt zwischen dem Dompropst Ferdinand von Plettenberg, dem Dechanten Franz Ludolf von Landsberg, einem Domherrn Twickel (entweder Jobst Mathias oder sein Bruder Johann Wilhelm), Johann Bernhard Droste zu Senden, auch Domscholaster in Speyer. Seitens der Ritterschaft nahmen teil: der Droste v. Raesfeld zu Dülmen, der Droste von Merveldt, der Herr von Diepenbrock zu Buldern, der Droste von Twickel und der Droste von Ahaus.⁴⁶

Man kam überein, Kerckerinck zu Stapel und Droste zu Hülshoff nach erhaltenem „barونات“, d.h. der kaiserlichen Erhebung in den Freiherrnstand, gegen Reversal, „daß er und seine Descendenz rittermäßig heiraten“, die Landtagsfähigkeit zuzugestehen, wenn Kerckerinck, um alles übrige zu regeln, zur Rückkehr aus Wien entschlossen wäre, „die übrigen Erbmänner aber schwerlich ... den prozeß ferner poussiren würden“. Allerdings müßten die Erbmänner noch zu landtagsfähigen Häusern kommen – weder Haus Hülshoff noch Haus Stapel standen bislang in der Matrikel der Rittersitze.⁴⁷

Wie wenig man sich in Wirklichkeit von diesem Plan versprach, zeigt das wenige Tage später im Domkapitel behandelte Projekt eines Schreibens des Fürstbischofs an den Erzkanzler und Kurfürsten von Mainz über die erneute Vorlage eines münsterischen Memoriales im Kurfürstenrat, um ein durch einseitigen kaiserlichen Entscheid der immer noch als offen betrachteten Revision verursachtes Präjudiz für alle Erz- und Domstifter im Reich abzuwenden.⁴⁸ In einem weiteren Schreiben wollte man dem Erzbischof von Salzburg, neben Österreich Direktor des Reichsfürstenrates in Regensburg, vorstellen, daß mit einem kaiserlichen Entscheid nicht nur Münster die „Revision abgeschnitten“ werde, sondern daß es einen „allen trewen Reichsständen ... hochpraejudicirlichen ingressus“ bedeute, wenn in dieser Sache „nach der Erbmänner intention zu Wien mit ausschließung des Rechts verfahren“ werde.⁴⁹ Tatsächlich gab es keinen Präzedenzfall, nach welchem in einer derart festgefahrenen Revision vorgegangen werden konnte, der zunächst geringfügig erscheinende Anlaß tangierte durchaus die Reichsverfassung.

Doch die Pläne seines Kapitels gingen Fürstbischof Franz Arnold entschieden zu weit, wenn man in Wien vom münsterischen Vorhaben einer erneuten Vorlage

46 Das Protokoll dieser Konferenz in Domkap. Produkte 393/1. Bericht an den Fürstbischof, 29. Juli 1709, Entw. Ein Bericht des Domdechanten in Domkap. Protokolle, Nr. 69, 29. Juli 1709.

47 Clemens August *Behnes*, Beiträge zur Geschichte und Verfassung des ehemaligen Niederstifts Münster, Emden 1830, S. 684-700.

48 StA Münster, Domkap. Produkte 393/1, 31. Juli 1709.

49 Ebd., 31. Juli 1709.

beim Regensburger Reichstag erfahre, würde dort der Entscheid „desto schleuni-ger erfolgen“ und nach Lage der Dinge kaum für Münster ausfallen, „und wird also Unsers ermeßens oder ein oder andreß müßen unterlaßen werden“.⁵⁰

Mitte August sind Heerde und Kerckerinck in Wien erneut zusammengetroffen. Kerckerinck schien einem Vergleich nicht ungeneigt, erbat sich aber Bedenkzeit, weil „des menschen sinnen und gedanken sehr veränderlich“, wie er wohl nicht zum ersten Mal erfuhr.⁵¹

Aus den Akten ist die Ursache von Kerckerincks Zögern leicht erkennbar, denn am 21. August ließ er Heerde den Extrakt eines vom 9. des Monats datierten Briefes aus Münster zukommen, den er am Vortag erhalten habe. „Durch vertraute hand“ habe man über die letzte Konferenz mit der Ritterschaft vernommen, daß die „hohen H. gegentheilen“ seine, Kerckerincks, und Droste Hülshoffs Nachkommen noch lange nicht zu Dom- und anderen Stiftern und zum Landtag zulassen wollten und erneut eine Druckschrift gegen die Erbmänner vorbereiteten. Ob dies eine „wohlmeinende Vergleichs intention sey“, überläßt der Schreiber Kerckerincks Urteil, er selbst sah darin nur die Gleichstellung „mit denen neonobilitatis“, auch stehe die Meinung des Landes, das die Kosten des Verfahrens trage, hinter den Erbmännern. In einem eigenen Billet fragt Kerckerinck den Syndikus, ob ihn solche Nachrichten zur Rückreise bewegen sollten? Auch „der bekandte Zustandt meiner Eheliebsten, . . . der geldbeutel“ und die „ungemein anhaltende hundstägige Hitz“ schreckten von der Reise ab. In Verantwortung vor der „posterität“ erstrebe man die Aufschwörung auf Dom- und anderen Stiftern sowie auf den Landtagen, „so die braut ist, worumb man tanzet“.⁵² Etwa gleichzeitig erreichte Münster die Nachricht, der Reichsvizekanzler halte eine Rückverweisung des Streites nach Regensburg für „contre l'honneur de l'Empereur et la justice“, eine erneute Behandlung in der Geheimen Konferenz führe unweigerlich zur Niederlage – auch von Schönborn war also keine Unterstützung mehr zu hoffen.⁵³

Dennoch erbat und erhielt Syndikus Heerde am 13. September 1709 eine weitere „lange Audienz“ beim Reichsvizekanzler. Nochmals stellte der Syndikus vor, wie sehr die Reichsstände als „condelegates“ der Revisionskommission durch einen einseitig kaiserlichen Entscheid „ahn ihren juribis ... würden gekräncket werden“ und welch üble Folgen der zu befürchtende Wiener Entscheid für die Erhaltung des „wahren uhralten ritterbürtigen, teutschen Adelsstandes“ bedeute.

50 Ebd., Franz Arnold an das Domkapitel, Ahaus, 31. Juli 1709, Ausf.

51 Ebd., Heerde an das Domkapitel, Wien, 14. und 17. Aug. 1709, Ausf.

52 Ebd., Heerde an das Domkapitel, Wien, 24. August 1709, Ausf. mit Anlage, datiert Münster, 9. August 1709, Kopie.

53 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 4, fol. 41f. Ferdinand von Kerksenbrock (*Kohl*, wie Anm. 13, S. 721) an „Monseigneur“, wohl Ferdinand von Plettenberg, (Wien), 31. Aug. (1709), Kopie.

Schönborn gestand sein Dilemma ein: „daß er selber ein mitglied des Ritterstandes“ und den „Erz- und Stiftern“ verbunden sei, jedoch seinen „ministerial ayd nicht hindan setzen könnte“. Schließlich habe der Regensburger Reichskonvent „alles S.K. Mayt. anheim gestellt“, verbreitet sei die Meinung, die Revision diene nur dem Aufschub, „welche protraction in casu hoc justitiae sonderlich vor geistliche Herrn ein hartes weesen wehre“. Vielleicht habe er schwere Verantwortung auf sich geladen, indem er bei der Anfang Dezember vorigen Jahren gehaltenen Konferenz „non habita sufficiente informatione die Münstersch parte so hart fovirt“ und den Kaiser sogar „zu der inserirung Clae adjunctiones ad Decrete de 14. Febr. 1708 persuado bewogen weswegen er sich noch, wan die sach aufs new in conferentia vorkommen werde, beym übrig. Ministerio fast schämen müßte“, er sehe nicht, „wie er mit gutem gewissen“ unter den bestehenden Umständen etwas für Münster ausrichten könne, er bitte aber, daß der Fürstbischof und das Domkapitel „diese seine offenherzige erklärung nicht ohngütig vermerken mögten“. Heerde bestritt natürlich alle Verzögerungstaktik und jegliche Beeinträchtigung der kaiserlichen Majestät bei einer Rückverweisung der Sache an den Reichstag, Schönborn entließ ihn, indem er die Übergabe einer neuen Denkschrift an den Kaiser anheimstellte, von der er allerdings wenig „favorables“ erwarte.⁵⁴

Heerde griff jedoch erneut zur Feder. Der Erbmänerstreit sei, so stellte er dem Kaiser im Auftrag seiner Prinzipalen vor, mit der „hydra Lernae nicht wenig zu vergleichen, da ein monstroser Kopf abgehawen worden, ein anderer gleich in deßen platz vor und aufgewachsen“. Die durch „ungewöhnliche incidentis“ nicht entschiedene Revision sei an Kaiser und Reich zurückgefallen, eine Entscheidung entsprechend dem Kaiserlichen Dekrete vom 14. Februar 1708 sei „den Reichsatz- und ordnung und der Kaysl. höchsten autorität gemäß“.⁵⁵

Wirklich ist der Erbmänerstreit am 4. November 1709 – fast ein Jahr nach der ersten „Vorlage“ – erneut in der Wiener Ministerialkonferenz behandelt worden. Anwesend waren der neue Obristhofmeister Graf Leopold Trautson, Graf Wratislaw, Baron Seilern, der Reichsvizekanzler Schönborn, Consbruch und ein Sekretär. Nochmals wurden alle Argumente aus den Vorstellungen der Revisionskläger vorgetragen, die Diskussion scheint jedoch nach dem Protokoll Schönborns nur kurz gewesen zu sein. Da nichts Neues vorliege, so faßte Trautson die Überlegungen der kaiserlichen Minister zusammen, „so achten Sie unnötig mit der wiederholung Ew. Kays. Maytt die Zeit zu benehmen und sind d. einmuthigen meinung, daß wie in voriger conferenz per majora beschlossen worden die Sententia Cameralis pro Erbmannis lata ... in conformitate der Fürstl. und Städtisch Collegiorum gutachten zu confirmiren seye“. Allerdings wolle man dem

54 StA Münster, Domkap. Produkte 393/4, Bericht Heerdes, Wien, 14. Sept. 1709, Kopie.

55 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 2, fol. 106-109, Entw. Die Ausfertigung, datiert: 4. Nov. 1709, HHStA Wien, Reichskanzlei 14.

Kaiserlichen Kommissions Dekret eine Klausel einfügen: „daß was bey dieser revision extra ordinem od. wider die bißherige gewonheit und gang, hinfüro zu keiner consequenz angezogen werden soll.“ Ob allerdings die „ungeziemend terminis“ der Memoranden „alß ungeahndet hingehen“ sollten, stelle man dem Kaiser anheim.⁵⁶

Offenbar am selben Tag empfing Graf Trautson den Syndikus. Genaueres erfuhr dieser freilich nicht, aber seine Eindrücke waren denkbar ungünstig. Es sei „nichts guts zu erhoffen“, so berichtete er dem münsterischen Domkapitel, die Sache werde „vermutlich pro Erbmannis sogahr unanimia entschieden“. Der Reichsvizekanzler ließ nun weder Heerde noch Heunisch vor.⁵⁷

Auch aus Regensburg kamen schlechte Nachrichten. Dort hatte der münsterische Gesandte, Dietrich Plettenberg, am 6. November dem Mainzer Direktorialgesandten erneut ein in Münster vorbereitetes Memoriale übergeben, und eine Abschrift dem kaiserlichen Prinzipalkommissar, Kardinal Lamberg. Er „fürchte sehr, daß das waßer trueb sey, und nur das Hochstift so lange wolle amusirt werden, biß am Kayl. Hoff eine resolution gegeben seyn werde“, so schrieb er nach Münster.⁵⁸ Zur „Dictatur“, d. h. zur Mitteilung an die Gesandten, kam die Denkschrift offenbar erst am 28. November, beraten wurde sie überhaupt nicht mehr.

Denn am 9. Dezember 1709 fand in Wien eine zweite, erweiterte Ministerialkonferenz statt, bei der zu den Teilnehmern vom 4. November noch die Grafen Heinrich Franz von Mansfeld und Karl Ernst von Waldstein hinzutraten. Wichtiger noch, diese Konferenz fand „Coram Caesare“ statt. Niemand trat jetzt mehr für die Revisionskläger ein, Windischgrätz, Seilern und Mansfeld plädierten für Rückgabe aller Denkschriften, Wratislaw und Schönborn schlugen zusätzlich einen Verweis, insbesondere für Heunisch, in Gegenwart des Obristhofmeisters, wenn nicht „in pleno“ vor. Als letzter nahm Kaiser Joseph selbst das Wort. Die Sache dauere bereits „lange Zeit“, die Erbmänner wären „sehr gedrückt“, obwohl „in so viel instanten so decidirt“, den Revisionsklägern solle man für „Ihro impertinente Schrift . . . in plena conferentia ein Verweiß geben dem Heunisch absonderlich den Kopf waschen“.⁵⁹

Offizielle Mitteilung vom Ergebnis der Wiener Konferenzen erhielten weder Heunisch noch Heerde, doch der Syndikus beurteilte die Lage realistisch. Durch einen Mittelsmann erfuhr er, daß sich Schönborn „noch immer ein schwerer

56 HHStA Wien, Reichskanzlei 14, Reichskammergerichts Visitations Akten 1705-1715 „Relatio conferentiae vom 4. 9bris 1709“; Vorträge Kart. 14, 1709.

57 StA Münster, Domkap. Prod. 393/1, Wien, 6. Nov. 1709, Heerde an das Domkapitel, Ausf.

58 HHStA Wien, Reichskanzlei 14, Reichskammergerichtsakten Visitations Akten 1705-1715, 9. Dez. 1709, Protokoll mit eigenh. Eintragungen Schönborns.

59 HHStA Wien, Reichskanzlei 14, Reichskammergerichts Visitations Akten 1705-1715, 9. Dez. 1709.

gewißenswerck darauf mache“, und am 18. Dezember meldete er nach Münster, daß „Ehester tag die sach im favorem Erbmannorum ausschlag“. Keine noch so begründete Vorstellung helfe mehr, „die opiniatreté des J. B. v. Seyler und des v. Consbrück seynt ohnüberwindlich, quibus alij adscribunt, et jurant in verba Magistri“. Schon lange fühlte sich Heerde ganz „frustriert“ und „deß ausländischen lebens . . . ganz verdrossen“.⁶⁰

Während in Wien nun „Christferien“ eintraten, kam in Regensburg das Ergebnis der Wiener Konferenzen im Kaiserlichen Kommissionsdekret vom 19. Dezember 1709 zur Diktatur. Danach hielt es der Kaiser in Ansehung der „differierende Meynungen“ im Reichstag und der Vorstellungen des Fürstbischofs, des Domkapitels und der Ritterschaft von Münster mit „denen allgemeinen Rechten, wie auch denen Reichs-Constitutionen, insonderheit auch dem Reichs-Abschied vom Jahr 1654“ für „gemässer . . . diejenige Meinung zu ratificiren“, die das Urteil von 1685 bestätigte, das nun „zur behörigen Execution ohne Verzug und aufhalten zu bringen seye“. Wörtlich greift das Dekret das seit nunmehr 24 Jahren umstrittene Reichskammergerichtsurteil auf: „daß die Familien oder Geschlechter der in actis benannten Erbänner für rechte Adelige und Ritterbürtige, gleich andern des Hochstifts Münster Rittermäßigen von Adel zu halten seyn“, weshalb sie weder von den Landtagen noch von den „Ritterbürtigen Stifter und Collegien“ ausgeschlossen werden dürften.⁶¹

Zu Weihnachten war das negative Ergebnis der Mission Heerdes in Münster bekannt. Am Stephanustag trat in der Domdechanei erneut ein Ausschuß aus Domherren, Mitgliedern der Ritterschaft und fürstlichen Räten zusammen. Nach wie vor vertrat man den Standpunkt, daß der Kaiser in einer Revision „vor sich allein kein Urtheil fällen“ könne, sondern nach Reichsabschieden und der Reichskammergerichtsordnung Revisionsurteile „conjunctim nomine Caesaris, an Imperij abgefaßt werden müßten“. Immerhin stellte man jetzt dem Fürstbischof anheim, Heerde zurückzuberufen.⁶²

Doch ehe den Syndikus die so lang ersehnte Erlaubnis zur Heimkehr erreichte, erfuhr dieser in Wien den Tiefpunkt seiner ganzen Reise. Wie in der Ministerialkonferenz vom 9. Dezember angeregt, wurden er und Heunisch am 10. Januar 1710 „gegen halber zwöllf Uhr“ vor eben diese Konferenz beschieden. Der Kaiser selbst fehlte diesmal, dafür saß nun „der Prinz Eugenio von Savoyen“ mit am Tisch. Neben ihm waren der Obristhofmeister Graf Trautson, die Grafen Windischgrätz und Wratislaw, Baron Seilern, der Reichsvizekanzler Schönborn, dazu Buol und Consbruch versammelt. Letzterer, Heerdes wenig geliebter Lands-

60 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 4, fol. 51 und 52f., „Notus“ (wohl Baron Tastungen) an Heerde, Wien, 11. Dez. 1709 und Bericht Heunischs, Wien, 18. Dez. 1709, Ausf. Heerdes Klagen im Brief an Bisping, Wien, 13. Nov. 1709, Ausf. Domkap. Produkte 393/1.

61 *Pachner* (wie Anm. 5), S. 403f.; vgl. oben. Anm. 2.

62 StA Münster, Domkap. Prod. 393/1, Protokoll 26. Dez. 1709.

mann, hat zunächst „de mandato Sacrae Caesareae Majtıs.“ den Vertretern der münsterischen Revisionskläger das Kaiserliche Kommissionsdekret vom 19. Dezember 1709 „zu gemüth geführt“ und darauf die höchste „Befremdung“ über „Einige expressiones“ in den münsterischen Schriften zum Ausdruck gebracht „so gegen die Kaysl. allerhöchst autorität, und die reputation dero hochansehentlichen Ministerij abzielen thäten“. Man glaube nicht, daß der Fürstbischof selbst dies gutheißende würde, und werde die münsterischen Eingaben, die „alß lasterschriften wohl meritieren, zerrissen und dem concipisten und exhibisten vor die füeße geworffen zu werden“ aus Rücksicht auf den Bischof lediglich „ab actis ... removieren“. Heunisch und Heerde wurde für die Zukunft „mehrer Bescheidenheit“ angeraten, Heunisch gar der Entzug der „Bedienung“ angedroht. Der Kaiser hätte zwar dem Fürstbischof „und deren consorten auch einen Beßeren Aufschlag ... gegönnet“, habe aber in diesem Fall nicht anders entscheiden können und zweifele nicht, daß man nun „die gebührende parition ... leisten“ werde, „woh nicht, würde es Ihrer Kaysl. Maytt weder an geistlichen weder an weltlichen mittelen ermangeln alles zur gehörigen execution nachtrücklich vollenziehen zu laßen“. Heunisch gab darauf, nach Heerdes Bericht, „mit wenig wieder antworten ... zu erkennen“, es sei „niemahlen seine noch meine meinung gewesen wieder den Kaysl. allerhöchsten respect, oder das hochansehentliche ministerium zu handeln“, er, wie der Syndikus, würden den kaiserlichen Befehl „gehörigen ohrts berichten“. ⁶³ Heerde selbst blieb offenbar stumm.

Wahrscheinlich gab der Bericht des Syndikus über diesen Vorgang den letzten Anstoß zu seiner Rückberufung aus Wien. Zweifellos war dies, d.h. das Ende der lästig gewordenen Vorstellungen in der Erbmännersache, mit der Szene vom 10. Januar beabsichtigt. Am 24. Januar meinte Franz Arnold, man solle Heerde „erster Tag abrufen“, allerdings hätten er und Heunisch „nicht wohl gethan daß ad referendum daß ihm gemachte Complement übernehmen“. Doch resigniert oder entschuldigend fügte der Fürstbischof hinzu: „Es ist ein gefahrlicher hoff.“ ⁶⁴

Das exakte Datum der Abreise Heerdes aus Wien ließ sich bisher nicht ermitteln, auch nicht, ob er, entsprechend einem früheren Plan, über Bonn reiste und dort bei seiner geistlichen Schwester „zu nutzen meiner Tochter eine Visite zu geben“ in der Lage war. ⁶⁵ Am 6. März jedenfalls erstattete der Syndikus dem Domkapitel mündlichen Bericht. Er und Heunisch hätten getan, was „ihnen

63 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 5, fol. 27f., Heerde an den Fürstbischof, Wien, 11. Jan. 1710, Ausf., Kopie in Domkap. Prod. 393/1, und HHStA Wien, MEA, Reichstagsakten 348, 10. Jan. 1710 „Anzeige Namens Kays. Maj. denen münsterschen Madatarii H. v. Heunisch und H. Heerden vorgelesen“. Prinz Eugen war am Nachmittag des 9. Dez. 1709 nach Wien zurückgekehrt. Vgl. Max *Braubach*, Prinz Eugen, Bd. 2, München 1964, S. 328.

64 StA Münster, Landesarchiv 522, Nr. 3b, Bd. 5, fol. 58f., Franz Arnold an das Domkapitel, Neuhaus, 24. Jan. (1710), Ausf.

65 Ebd., Domkap. Produkte 393/1, Heerde an den Domdechanten Landsberg, Wien, 8. Juni 1709, Ausf.

menschenmöglich gewesen“, doch habe man die kaiserlichen Minister von Beginn an „pro Erbmannis portiert befunden“, so der Tenor seiner Ausführungen.⁶⁶ Die Eingaben brachte er allerdings nicht nach Münster zurück. Offenbar hat der in dieser Sache mehrdeutig taktierende Reichsvizekanzler Schönborn den Schriftverkehr aus dem Erbmannstreit an sich genommen. Jedenfalls liegt er bis heute in den Akten der Reichskanzlei mit der Aufschrift „Stift münstersch. Memorialia in caa der Münster Erb-Männer de Annis 1708, 1709, 1711 Welche Ihre Kays. Majt. von denen Actis zu removiren allergnädigst anbefohlen“.⁶⁷

Die Gefahren der langen Reisen in „verdrüßlichen negotiationibus“⁶⁸ nach Rom (1702/03) und Wien (1708/10) hatte Heerde gesund überstanden; doch heimgekehrt brach er sich am 31. Juli 1711 beide Beine; acht Tage später erlag er den Folgen dieses nicht näher beschriebenen Unfalls. Zu seinem Nachfolger bestellte das Domkapitel den Stadtrichter Dr. jur. Bernard Ignatius Koerdinck, eben den, der 1708 der Entsendung nach Wien aus gesundheitlichen Gründen ausgewichen war.⁶⁹

66 Ebd., Domkap. Protokolle, Nr. 71.

67 HHStA Wien, Reichskanzlei 14, Reichskammergerichts Visitations Akten 1705-1715. Man „removierte“ offenbar gründlich, kurze Hinweise auf die Erbmannersache finden sich im Bestand „Vorträge“ nur zum 4. Nov. und 9. Dez. 1709, Kart. 14.

68 StA Münster, Domkap. Produkte 393/1, Heerde an das Domkapitel, Wien, 13. Juli 1709, Ausf.

69 StA Münster, Domkap. Protokolle Nr. 72, 1. und 8. Aug. 1711.